

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 20. Dezember 2017

**Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 15.12.2017****Haushalt 2018, Graffiti-Beseitigung, Lahnbergeradweg, Verkehrsberuhigung Nordviertel**

Auch im Monat Dezember tagte die Marburger Stadtverordnetenversammlung. Großen Raum nahm am 15. Dezember die Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2018 ein. Darüber hinaus dominierte die Verkehrspolitik die Debatten. Zu Beginn legte die Marburger Linke einen Dringlichkeitsantrag gegen Verhaftungen und Abschiebungen aus dem Marburger Raum bei Behördenterminen vor. Eine Magistratsvorlage kündigte ein repressiveres Vorgehen gegen Graffiti und Sprayer/innen an.

**Der Haushaltsentwurf 2018 – Vom Zwang zum Sparen keine Spur mehr**

Die Haushaltsrede des Marburger Oberbürgermeisters sorgte bei einigen Beobachter/innen der Marburger Stadtpolitik für eine gewisse Verwunderung. Sämtliche Schreckensszenarien des Oberbürgermeisters im vergangenen Jahr, die einen baldigen finanziellen Kollaps der Stadt an die Wand malten und zu drastischen Sparmaßnahmen im Sozial- und Kulturbereich führten, lösten sich in Luft auf. Keine Rede mehr von einem „strukturellen Defizit“. Viel mehr versprach OB Spies im kommenden Jahr in zentralen Politikfeldern die finanziellen Zuwendungen wieder deutlich anzuheben. Gerade die so arg gebeutelten kulturellen Initiativen und sozial engagierten freien Träger sollen mit mehr Geld bedacht werden. Der Protest aus der Marburger Zivilgesellschaft gegen die Kürzungen im Haushalt 2017 haben offensichtlich Spuren in Reihen der Sozialdemokratie hinterlassen. Dennoch erhärtet sich der Verdacht, dass die Sparpolitik der letzten beiden Jahre als Sachzwang konstruiert wurde, um eine Mitte-Rechts-Koalition aus SPD, CDU und BfM zu installieren. Beharrlich weigert man sich auch weiterhin, die städtischen Einnahmen mit einem angemessenen Gewerbesteuerhebesatz von 440 Punkten zu stabilisieren. So erscheint die gegenwärtige Haushaltspolitik als launisches Hü und Hott. Deshalb wird die Marburger Linke auch in diesem Jahr in die Debatten über den Etats für das Jahr 2018 kritisch eingreifen und konkrete Vorschläge für ein sozialeres und ökologischeres Marburg vorlegen.

**Dringlichkeitsanträge: OB Spies verneint Mitverantwortlichkeit für Abschiebung und gibt Mängel bei Busverbindungen auf Lahnberge zu**

Nicht durchsetzen konnte sich die Marburger Linke mit einem dringlichen Antrag zur Verhinderung von Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan. Die Stadt Marburg wurde aufgefordert, nicht mehr zu dulden, dass Beratungsgespräche zur sofortigen Verhaftung und Abschiebung missbraucht werden. Elisabeth Kula von der Marburger Linken begründete den Antrag mit Hinweis auf einen in Marburg lebenden Pakistani, der Ende November dieses Schicksal erfahren

hat. Der Oberbürgermeister betonte, dass diese Praxis keinesfalls in Marburg, sondern in der Kreisverwaltung vorgekommen sei. Die Dringlichkeit des Antrags wurde abgelehnt. Er wird nun auf der Sitzung im kommenden Jahr behandelt.

Ähnlich erging es einem Antrag der GRÜNEN, der die Verschlechterung der Busverbindung zu den Lahnbergen seit der Fahrplanumstellung Anfang Dezember behandelte. Auch er kam nicht auf die Tagesordnung. Veränderungen der Busanbindung wurden aber angekündigt.

### **Öffentliches Geld für private Hausbesitzer – mit „Law and Order“ gegen Graffiti**

Auf Ablehnung der Marburger Linken stieß das Vorhaben des Magistrats, in Zukunft stärker strafrechtlich gegen nicht erlaubtes Spraysen vorzugehen. Die betroffenen Hauseigentümer sollen zudem aus den Stadtsäckel bis zu 50 Prozent der Fassadensäuberung erstattet bekommen. Die Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken Renate Bastian fragte, wer darüber entscheide, welche Graffiti als wertvoll und welche als „Schmierereien“ zu bewerten seien. Sinnvoller sei es, ein Angebot an die Szene zu richten, sich positiv an der Gestaltung des Stadtbildes zu beteiligen. Der Magistrat setze offensichtlich in erster Linie auf Repression.

### **Marburger Linke möchte Radverkehrsplan in die Tat umsetzen und Route „Lahntal-Lahnberge“ umsetzen**

Ebenfalls keine Mehrheit fand der Antrag, einen Radweg auf die Lahnberge über Alten Kirchhainer Weg und Zahlbach zu schaffen. Diese Route ist im Radverkehrsplan, der im Frühjahr dieses Jahres beschlossen wurde, eingeplant. Jonathan Schwarz von der Marburger Linken begründete, dass es den zahlreichen Fahrradfahrer/innen, die auf den Lahnbergen studieren oder arbeiten, nicht zuzumuten ist, sich die von starkem PKW-Verkehr belastete Großseelheimer Straße mit dem motorisierten Individualverkehr zu teilen. Der Umsetzung einer alternativen Fahrradrouten sollte Priorität vor anderen Projekten des Radverkehrsplans eingeräumt werden. Der Marburger Magistrat möchte sich aber offensichtlich nicht mit Hessen-Forst, der diese Route ablehnt, auseinandersetzen.

### **Mitte-Rechts-Koalition will keine Verkehrsberuhigung in Bahnhof- und Elisabethstraße**

Ebenfalls abgelehnt von SPD, CDU und BfM wurde ein von uns unterstützter Antrag der GRÜNEN, die Höchstgeschwindigkeit in der Bahnhofstraße und Elisabethstraße auch mit Hilfe baulicher Veränderungen auf 30 km/h zu begrenzen. Wie der Stadtverordnete Henning Köster in der Sitzung erläuterte, dient als Begründung für die Ablehnung die jetzt doch beschlossene Sanierung der Weidenhäuser Brücke, die weitere Eingriffe in den Autoverkehr unmöglich mache. Eine unzumutbare Verlangsamung des Autoverkehrs wäre die Folge. Wieder einmal, so Köster weiter, werde die Chance einer stärkeren Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die autofreundlichen Koalitionspartner von CDU und BfM nicht genutzt.

Wir wünschen allen schöne Feiertage und einen guten Jahreswechsel.

### **Die Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian, Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster-Sollwedel, Elisabeth Kula, Jonathan Schwarz, Inge Sturm